

# Südtirol zwischen Österreich und Italien in den 1930er Jahren

EVA PFANZELTER

Universität Innsbruck

## 1. Einleitung

Zu Beginn des hier behandelten Zeitraumes, in den frühen 1930er-Jahren, wurde das von der k.u.k-Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges abgeschnittene Südtirol trotz der jahrelang forcierten Italianisierung durch den italienischen Faschismus als österreichisches Erbe wahrgenommen. Am Ende des Jahrzehnts, also 1939, finden wir als dramatischen Höhepunkt einer polarisierenden Umorientierung die sogenannte Option, die forcierte Auswanderungsentscheidung der deutschsprachigen Minderheit aus Südtirol in das nationalsozialistische Deutsche Reich, zu dem dann auch Österreich gehörte. Das Thema kann daher also auch nicht ohne die Mit-Einbeziehung der Beziehungen zwischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland gesehen werden, eine Feststellung, die sich auch im rezenten Band „Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart“ 2012 (herausgegeben von Michael Gehler und Maddalena Guiotto) widerspiegelt. Gehler und Guiotto halten dabei für die Untersuchung der Geschichte der drei Länder nach 1945 fest: Es „sticht vor allem ins Auge, dass in der Regel die deutsch-italienischen Beziehungen in den Fokus genommen werden, jenes „Dazwischen“, der Faktor Österreich also, weitgehend bis völlig unberücksichtigt geblieben ist. Dieser deutsch-italie-

nische Bilateralismus ist so stark, dass dabei Österreich völlig aus dem Blick geraten ist, was als eklatant zu bezeichnen ist<sup>1</sup>.

Diese Feststellung gilt in gewissem Maße auch für die Beziehungen zwischen Österreich und Italien in den 1930er-Jahren: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland und die zunehmende Annäherung Italiens ans Deutsche Reich (Achse Berlin-Rom) einerseits sowie der sich anbahnende „Anschluss“ Österreichs an eben dieses Deutsche Reich andererseits verdrängten nachhaltig bis heute ein anhaltendes Interesse der zeithistorischen Forschung an den Beziehungen zwischen dem austrofaschistischen Österreich und dem faschistischen Italien. Bis heute gibt es tatsächlich keine umfassende Analyse der italienisch-österreichischen Beziehungen in den 1930ern-Jahren, aus welcher beispielsweise auch die Südtirolfrage zufriedenstellend herausgearbeitet werden könnte. Dabei gab es in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre eine erste Phase der Aufarbeitung: Aufgrund eines regen wissenschaftlichen Austausches unter Historikern beider Länder kam es zu einer intensiven Beschäftigung mit den österreichisch-italienischen Beziehungen für die Zeit zwischen Beginn des Ersten und Ende des Zweiten Weltkrieges<sup>2</sup>. Zahlreiche Autoren, die sich schon damals mit den dafür relevanten Themen beschäftigten, widmen dann auch in der Folgezeit ihr Augenmerk auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich, Italien und Deutschland. Genannt werden können hier z.B. Adam Wandruszka, Angelo Ara, Ludwig Jedlicka, Hanns Haas, Hans Kramer, Ennio Di Nolfo, Leopold Steurer, Karl Stuhlpfarrer, Renzo De Felice, Herbert Miehler, Silvio Furlani, Claus Gatterer und nicht zuletzt Pietro Pastorelli, Jens Petersen, Emmerich Tólos und Wolfgang Neugebauer.

Neuerlich – wenn auch nur als ein Phänomen unter vielen – thematisiert wurden die Beziehungen der beiden Staaten im Zuge der (Neu-)Aufar-

---

1 Michael GEHLER, Maddalena GUIOTTO, Maddalena, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa von 1945/49 bis zur Gegenwart. Einleitung zum Buch und in die Thematik, in: Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart/Italy, Austria and the Federal Republic of Germany in Europe. A Triangle of Mutual Relations and Perceptions from the Period 1945–49 to the Present, hrsg. von Michael GEHLER, Maddalena GUIOTTO (= Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 8, Wien–Köln–Weimar 2012) 11–44, hier: 14.

2 Siehe z.B. die Aufsatzsammlung Innsbruck-Venedig. Österreichisch-Italienische Historikertreffen 1971 und 1972, hrsg. von Adam WANDRUSZKA, Ludwig JEDLICKA (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte Österreichs 6, Wien 1975).

beitung des Austrofaschismus in den letzten Jahren in Österreich, auch wenn in den dazu einschlägigen Publikationen die Rolle Südtirols mit freundlichem Desinteresse weitgehend unberücksichtigt bleibt. Dabei machen vor allem diese Untersuchungen zunehmend klar, dass die Beziehungen Österreichs zum faschistischen Italien zu den „zentralen Determinanten für die politische Entwicklung Österreichs in den 1930er-Jahren“ zählt<sup>3</sup>. Diesen Befund bestätigt auch die vorliegende Untersuchung, deren These somit wie folgt lauten kann: Waren sich die beiden Staaten zwar seit 1915 in „offener Feindschaft“ gegenübergestanden, wandelte sich danach, in den 1930ern, das Verhältnis schnell. Die verbesserten Verbindungen zu Italien waren sogar mitentscheidend für die Entstehung des autoritären Staates in Österreich und bestimmten nachhaltig das außenpolitische Verhältnis des Landes v.a. zu Deutschland, aber auch zur Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) sowie zu Ungarn. Gleichzeitig war eine freundschaftliche Nachbarschaft zu Österreich auch für Italien bedeutend: Denn, vor allem der Abessinienkrieg 1935 und die damit zusammenhängenden Sanktionen des Völkerbundes sowie die internationale Ächtung isolierten das Mittelmeerland zusehends. War Österreich bis dahin als Schutzzone und Puffer gegen vermutete Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands gesehen worden, so wurde der Austausch mit Wien nun zur wichtigen politischen und wirtschaftlichen Lebensader, auch wenn die freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich zunehmend zum bestimmenden Faktor der italienischen Außenpolitik wurden.

Mitten in diesem Beziehungsdreieck – im politischen, wie im geographischen Sinne – befand sich Südtirol: Es stand vor allem wegen der in Österreich (und generell unter Nationalsozialisten) nicht ruhen wollenden Ressentiments aufgrund der Abtrennung des Gebietes an Italien und wegen der Behandlung der deutsch/ladinischen Minderheit durch Mussolinis Faschisten gleichsam als emotionaler und politischer (zugleich aber auch als kalmierbarer – so glaubte zumindest die Dollfuß-Regierung) Störenfried zwischen dem deutschsprachigen und dem italienischsprachigen Raum. Jenseits der damit weiterhin heiklen und aktuell bleibenden Frage der Brennergrenze

---

3 Helmut WOHNOUT, Bundeskanzler Dollfuß und die österreichischitalienischen Beziehungen 1932–1934, in: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, hrsg. von Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Wien 2013) 601–631, hier: 601.

gab es zwischen den beiden Staaten – zumindest auf diplomatischer Ebene – immer weniger unüberbrückbare Gegensätze. Diese Interpretation lässt sich besonders aufrechterhalten, wenn die innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen der beiden Länder unabhängig der Südtirolfrage in den 1930er-Jahren untersucht werden.

Einige der zentral erscheinenden Punkte zur Stützung dieser These sollen im Folgenden näher erläutert werden.

## 2. Italienisch-österreichische Beziehungen

Grundsätzlich kann bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Italien und Österreich in den 1930er-Jahren eine grobe Unterscheidung in drei Themenbereiche erfolgen: Eine ideologische, eine politische und eine wirtschaftliche Dimension bestimmten das Verhältnis der beiden Länder, wobei alle drei natürlich eng miteinander verzahnt waren.

### Politische Dimension

Beide Staaten gemeinsam war in den 1930er-Jahren das Interesse an der Abwehr nationalsozialistischer Aspirationen: Für Italien blieb mit dem Erhalt Österreichs ein „Pufferstaat“ zwischen Deutschland und Italien erhalten – zumindest solange die Interessen der beiden Diktaturen, des nationalsozialistischen Deutschen Reiches und des faschistischen Italien, nicht aufeinander abgestimmt waren. Denn trotz sich ähnelnder nationalistischer Ideologien, trennten die beiden Diktaturen die außenpolitischen Ziele: Während Hitler bereits kurz nach der Machtübernahme über den „Anschluss“ Österreichs nachdachte, verhindere ein eigenständiges Österreich, so glaubte Mussolini, die Expansionsbestrebungen des aufstrebenden Deutschen Reiches Richtung Süden und Südosten, denn hier war nach dem Ende der Habsburgermonarchie ein Machtvakuum entstanden. Hatten also die Beziehungen zwischen Österreich und Italien Ende der 1920er Jahre nicht zuletzt wegen der Südtirolfrage einen absoluten Tiefpunkt erreicht, so schwenkte die italienische Regie-

rung ab 1928 um und unterstützte fortan einen rechten Umsturz im „Roten Wien“<sup>4</sup>.

Unter diesen Vorzeichen kam es unter der Regierung Johannes Schober zu einer Normalisierung der Beziehungen, setzte Schober doch auf eine italienisch-ungarisch orientierte Politik. Die Annäherung kulminierte in einem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Rom, sodass dieser am 6. Februar 1930 verkünden konnte, dass es gelungen sei, *die Wiederherstellung guter nachbarlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu Italien durch einen Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag zu besiegeln*<sup>5</sup>. Schobers Kabinett gelang es jedoch in der Folge nicht, die von Italien auch finanziell unterstützten Heimwehren einzubinden oder politisch zu befrieden, was schließlich zum Sturz seiner Regierung im September 1930 führte.

Die unter seinem Nachfolger, Bundeskanzler Otto Ender (1930/31) erreichte österreichisch-deutsche Zollunion beeinträchtigte dann allerdings die auf fruchtbarem Weg scheinende italienisch-österreichische Annäherung neuerlich. Enders Nachfolger, Engelbert Dollfuß, blieb zumindest in der ersten Phase seiner Amtszeit gegenüber Italien skeptisch und zurückhaltend, ebenso wie sich Mussolinis Diplomaten bis in den September 1934 nicht einig darüber waren, ob nun Dollfuß eher eine „linksgerichtete“ oder eher eine „rechtsgerichtete“ Regierung anstrebe. Erst die Vermittlung Ungarns sowie Dollfuß' unmissverständliche Einbindung des rechten Lagers in Form der Aufnahme von Heimwehr-Mitgliedern in seine Regierung führten zu einer neuerlichen Annäherung zwischen Rom und Wien sowie zu einer offensiven Unterstützung Mussolinis<sup>6</sup>.

Die Machtübernahme Hitlers im Jänner 1933 veränderte allerdings den Handlungsspielraum von Kanzler Dollfuß. Neben Rücktrittsforderungen verlangten die österreichischen Nationalsozialisten Neuwahlen und organisierten Massendemonstrationen in Wien. Diese Ereignisse werden in der historischen Forschung häufig auch als Grund für die Zerschlagung des Parlamentarismus in Österreich gewertet. Auf Basis des kriegswirtschaftli-

---

4 Jens PETERSEN, Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22/4 (1974), 417–457, hier: 422–425.

5 Bundeskanzler Johann Schober, Radioansprache in Berlin [Ausschnitt], Februar 1930. Österreichische Mediathek, Sammlung Frühe historische Tonaufnahmen, <http://www.mediathek.at/atom/135E86AA-177-002C8-000004A4-135DCBB9> (letzter Zugriff 18.01.2018).

6 WOHNOU, Bundeskanzler Dollfuß 607–610.

chen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 nahm Dollfuß die Krise im Nationalrat zum Anlass für dessen Auflösung. Ab März 1933 regierte Dollfuß ohne Parlament, es folgten Pressezensur, Versammlungsverbot und die sukzessive Ausschaltung der Legislative. Per Verordnung wurden 1933 der Republikanische Schutzbund aufgelöst und die Kommunistische Partei Österreichs verboten<sup>7</sup>. Der Bundeskanzler setzte nun sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch zunehmend auf die Unterstützung Mussolinis bei der Abwehr der Nationalsozialisten und für die Beseitigung der Sozialdemokratie. Im April 1933 kam es zu einem ersten Zusammentreffen Dollfuß' mit Mussolini in Rom. Die Stimmung dabei war offensichtlich exzellent. Der österreichische Bundeskanzler konnte sich bei dieser Gelegenheit die Unterstützung des *Duce* sichern, Mussolini jedenfalls schrieb in einer Aktennotiz nach dem Besuch:

*Österreich besitzt eine eigene definierte historische Persönlichkeit und eine spezifische Aufgabe im Donauraum. Österreich möchte unabhängig bleiben, obwohl es Sonderbeziehungen mit Deutschland pflegt, die auf ethnischen und kulturellen Gemeinsamkeiten beruhen. Dem Staat Österreich möchte ich sagen, dass ich Dollfuß' Stellungnahme vollkommen unterstütze und füge hinzu, dass er in dieser Beziehung auf meine Freundschaft und auf Italiens Hilfe zählen kann. Die Beziehungen zu Ungarn sind ausgezeichnet. Die Wirtschaftslage hat sich nicht verschlimmert. Dollfuß unterhält sich mit mir auch über seine Pläne bezüglich der Verfassungsreform, denen ich insgesamt zustimme. Es herrscht eine sehr positive Stimmung ihm gegenüber. Je energischer und konsequenter er handeln wird, desto besser wird diese Stimmung sein – das halte ich ihm gegenüber fest.*<sup>8</sup>

Zu Südtirol sagte Dollfuß bei diesem Treffen nicht viel, er bat allerdings darum – ohne sich in irgendeiner Weise in inneritalienische Angelegenheiten einmischen zu wollen –, Mussolini möge doch in Sachen Privatunterricht den

---

7 Ebd. 610–620.

8 Colloquio fra il Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, e il Cancelliere Federale e Ministro degli Esteri Austriaco, Dollfuss, Appunto, Rom, 12.04.1933, in: I Documenti Diplomatici Italiani (DDI), Settima Serie: 1922–1935, Volume XII: 1 gennaio–15 luglio 1933, hrsg. von MINISTERO DEGLI AFFARI ESTERI/COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DEI DOCUMENTI DIPLOMATICI (Roma 1989) 440 f. (Übers. d. Verf.)

Forderungen der Minderheit entgegenkommen. Mussolini hielt dazu fest: *Ich antwortete ihm lediglich, dass ich mich an seine Worte erinnern werde. Wenn ich eine Politik verfolge, die auf Freundschaft gegenüber einem Staat basiert, dann bin ich bereit, diese unter Beweis zu stellen.*<sup>9</sup>

Spätestens nach dem Februarputsch 1934 und der Zerschlagung der Sozialdemokratie gab es für das Dollfuß-Regime außenpolitisch tatsächlich kaum noch Alternativen zu Italien als Bündnispartner. Das faschistische Regime in Rom schirmte somit, zumindest ein Stück weit, vor nationalsozialistischen Übergriffen ab – innen- wie außenpolitisch. Erster wichtiger Schritt, die Integrität des Landes zu erhalten, war die Unterzeichnung der Römischen Protokolle am 7. März 1934 durch Mussolini, Dollfuß und den ungarischen Ministerpräsident Gyula Gömbös sowie deren Ergänzung durch wirtschaftliche Vereinbarungen im Mai desselben Jahres. Sowohl für Österreich als auch für Ungarn waren die Protokolle ein Versuch, ihre Eigenständigkeit zu bewahren, hieß es doch im ersten der Protokolle, es ginge um die Förderung der *Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates*<sup>10</sup>. Italien wiederum wollte durch die Verträge seinen Einfluss im Donaauraum ausbauen und den Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches in diese Richtung Einhalt gebieten<sup>11</sup>.

Die Wirkung der Römischen Protokolle sollte schon kurz nach der Unterzeichnung auf die Probe gestellt werden, denn unmittelbar nach dem Juli-Putsch des Jahres 1934, bei dem Kanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde, ließ Mussolini, quasi als Drohgebärde gegenüber Deutschland und als Schutz für Österreich, italienische Truppen am Brenner aufmarschieren. Beäugte der neue Bundeskanzler des diktatorischen Ständestaats, Kurt Schuschnigg, zunächst diese Form der freundschaftlichen Unterstützung Italiens kritisch, so bemühte sich die österreichische Regierung in Folge der Juli-Ereignisse dennoch um den Abschluss eines Paktes mit Rom, London

---

9 Ebd. (Übers. d. Verf.)

10 NO 3554 – Protokoll I, Zwischen Österreich, Ungarn und Italien. Gezeichnet in Rom, am 17. März 1934 (deutsche Fassung), in: League of Nations Treaty Series 1934, hrsg. von THE WORLD LEGAL INFORMATION INSTITUTE o.D., [<http://www.worldlii.org/int/other/LNTSer/1934/241.html>], letzter Zugriff 12.01.2018.

11 Alexander LASSNER, The Foreign Policy of the Schuschnigg Government 1934–1938. The Quest for Security, in: The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment, hrsg. von Anton PELINKA, Günter BISCHOF, Alexander LASSNER (= Contemporary Austrian Studies 11, Somerset 2003) 163–186, hier 163 ff.

und Paris. Dieses Abkommen sollte die Unabhängigkeit Österreichs und die Nicht-Einmischung in Österreichs interne Angelegenheiten zusätzlich garantieren. Einen Vorschlag Mussolinis zum Abschluss eines bilateralen Vertrages zur militärischen Beistandspflicht zwischen den beiden Ländern lehnte Schuschnigg allerdings ab<sup>12</sup>.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich führten zu diesem Zeitpunkt allerdings letztlich ins Nichts, weil die Interessen der drei involvierten Mächte zu unterschiedlich waren. Italien und Österreich konnten sich beispielsweise in Bezug auf die Berücksichtigung der Interessen der Kleinen Entente nicht einig werden, da Italien den Balkan als sein natürliches Einflussgebiet ansah. Am Ende der Konsultationen stand am 27. September 1934 lediglich eine leicht veränderte Version der bereits im Februar abgegebenen Erklärung, die die Notwendigkeit unterstrich, Österreich als eigenständigen Staat (soweit es die vorhandenen Verträge ermöglichten) zu erhalten. In den darauffolgenden Monaten wuchs jedoch sowohl in Rom als auch in Paris die Überzeugung, dass Österreich tatsächlich mehr als diese Erklärung zum Erhalt seiner Eigenständigkeit benötigte. Die beiden Länder verhandelten also mit Wien weiter<sup>13</sup>. Tatsächlich war die europäische Konstellation 1935 ein letztes Mal günstig. In Vorbereitung auf Abessinien verbündete sich Mussolini bei der Konferenz von Stresa im April noch einmal mit England und Frankreich gegen das Deutsche Reich. Es war ein letzter Solidaritätsakt gegen die Expansionspolitik Hitlers. So einigten sich die drei Mächte im Rahmen der Konferenz, in der es um die Zukunft Afrikas und die politische Ordnung in Europa ging, auf diplomatischen Austausch, sollte Österreichs Selbständigkeit bedroht werden. Noch einmal wurden die Abkommen der Mächte aus dem Jahr 1934 herangezogen und die *Notwendigkeit* unterstrichen, *die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Österreichs aufrechtzuerhalten*<sup>14</sup>.

Die Beziehungen der beiden Länder gestalteten sich also zumindest in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre freundschaftlich, auch wenn vor allem immer wieder auftretende Problemfälle, wie es eben Südtirol war, eine Miteinbeziehung der Haltung des Deutschen Reiches in die Überlegungen sowohl

---

12 Ebd. 163–166.

13 Ebd. 166–170.

14 Zit. n. Anton HOPFGARTNER, Kurt Schuschnigg, Ein Mann gegen Hitler (Graz 1989) 154.



des faschistischen Italien, als auch des austrofaschistischen Österreich mit sich brachten<sup>15</sup>. Besonders aus italienischer Sicht ging es dabei in diesen Jahren beständig auch um eine Aufwertung Österreichs. Den Höhepunkt dieser Verbrüderung bildete mithin wohl das italienisch-österreichische Kulturabkommen vom Februar 1935. Es sah die Einrichtung von Kulturinstitutionen in Rom und Wien und einen Austausch von Universitätslehrern zwischen den beiden Ländern vor<sup>16</sup>.

1935 stellt politisch allerdings eine bedeutende Zäsur dar: Mit der militärischen Invasion in Abessinien im Oktober isolierte sich Italien international und war in der Folgezeit vermehrt auf außenpolitische Allianzen – auch mit Österreich und Ungarn, zunehmend aber mit Deutschland – angewiesen. Für Österreich geboten es die bis dahin guten Beziehungen, sich nicht an den Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien zu beteiligen. Damit geriet aber auch Österreich international ins Abseits – mit schwerwiegenden politischen Konsequenzen. Wie sich zeigen sollte, war die internationale Staatengemeinschaft – zusehends schwanden vor allem die Sympathien Großbritanniens und Frankreichs – von da an immer weniger bereit, für Österreichs Eigenständigkeit einzutreten. Die Isolation wiederum drängte das Land zunehmend in die Abhängigkeit von seinem südlichen Nachbarn. Können also die Jahre zwischen 1934 und 1936 als Jahre der Konsolidierung des austrofaschistischen Systems gesehen werden, so war die österreichische Regierung danach permanent in der Defensive: Der Austrofaschismus ging seinem Niedergang entgegen<sup>17</sup>.

Nicht von ungefähr kam es daher 1936 zu einer Erweiterung der Römischen Protokolle durch Zusatzprotokolle, die vor allem politischer Natur waren. Mit ihrer Unterzeichnung sollte noch einmal die Einigkeit zwischen Österreich, Italien und Ungarn signalisiert werden. Schuschnigg kommentierte die weitere Annäherung an Italien mit den Worten, es stünde kein anderer Weg offen, außer sich der Rückendeckung Italiens zu sichern und gleichzei-

---

15 Ludwig JEDLICKA, Österreich und Italien 1922–1938, in: WANDRUSZKA, JEDLICKA, Innsbruck-Venedig 197 ff.

16 Jens PETERSEN, Vorspiel zu „Stahlpakt“ und Kriegsallianz. Das deutsch-italienische Kulturabkommen vom 23. November 1938, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36:1 (1988), 41–78, hier: 43 ff.

17 Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Österreich. 1933–1938 (= Politik und Zeitgeschichte 10, Wien 2017) 30–36.

tig einen *Ausgleich mit Deutschland* zu erreichen<sup>18</sup>. Es wurde ein Organ für *ständige gegenseitige Konsultationen*, zusammengesetzt aus den Ministern für auswärtige Angelegenheiten, geschaffen. Auch wurde festgehalten, dass keiner der Staaten im Alleingang die Frage der Donaustaaten aufnehmen solle<sup>19</sup>. Die Protokolle behielten bis März 1938 ihre Gültigkeit, doch der sich nun rapide wandelnde außenpolitische Handlungsspielraum Italiens verringerte die Bedeutung der Abkommen erheblich. Ausschlaggebender Faktor dafür war das sich ändernde Verhältnis zwischen Italien und Deutschland. Während Schuschnigg trotz internationaler Isolation weder bereit war, eine grundsätzliche Oppositionshaltung zu Deutschland einzunehmen, noch eine offensive Annäherung an Hitler zu betreiben, entfernte sich Italien nun aus strategischen Überlegungen zusehends von seiner protektionistischen Haltung gegenüber Österreich. Die Frage nach der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs rückte im Zuge der – zunächst hauptsächlich durch das Deutsche Reich vorangetriebenen – deutsch-italienischen Annäherung merklich in den Hintergrund bzw. nahm eine neue Richtung ein: Bereits zu Beginn 1936 deutete sich diese gewandelte Position Mussolinis an: In einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter, von Hassell, meinte er nun, nichts dagegen einzuwenden zu haben, sollte Österreich als „formell unbedingt selbständiger Staat“ ein Satellit Deutschlands werden<sup>20</sup>. Die Annäherung zwischen Italien und Deutschland wurde in der Folgezeit zunehmend sichtbar und kulminierte schließlich im Stahlpakt 1939.

Die Annäherung Deutschland-Italien wirkte sich auch folgenscher auf die Beziehungen des Mittelmeerlandes zu Österreich aus: Italien drängte Österreich nun konsequent auf eine Normalisierung der Beziehungen zum deutschen Nachbarn. Bei einem Treffen Schuschniggs mit Mussolini im Juni 1936 erklärte der italienische Diktator dann auch unumwunden, dass es Italien leichter fiele, Österreich zu helfen, wenn beide Staaten gute Beziehungen zum Deutschen Reich unterhielten<sup>21</sup>. Für Österreich waren damit und aufgrund des zunehmenden Drucks aus Deutschland auch innenpolitische Entscheidungen verbunden: Trotz Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen

---

18 Zit. n. HOPFGARTNER, Kurt Schuschnigg 165.

19 Ebd.

20 Zit. n. Ebd. 159.

21 Ebd. 166–168.

Betätigungsverbot boten Zugeständnisse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zunehmend Spielräume für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Österreich<sup>22</sup>.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich, die von Seiten Österreichs angestrebt worden waren, um die Tausend-Mark-Sperre zu beseitigen und den innenpolitischen Druck der Nationalsozialisten einzudämmen und das daraus resultierende Juliabkommen von 1936 sind also auch im Lichte dieser Entwicklungen zu sehen. Letzteres bekräftigte somit, dass die Beziehungen der beiden Staaten sich fortan wieder „normal und freundschaftlich“ gestalten sollten. Grundsatz des Abkommens bildete jedoch der erste Absatz, in dem festgehalten wurde: *Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die Deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.*<sup>23</sup> Was folgte waren allerdings geheime Vereinbarungen, die den Handlungsspielraum der Schuschnigg-Regierung deutlich einschränkten. Nicht nur wollte Berlin über jeden außenpolitischen Schritt Wiens informiert werden, es wurde auch die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eingeleitet. Innenpolitisch versprach Schuschnigg eine politische Amnestie für die „nationale Opposition“, also die pro-nationalsozialistischen Kräfte im Land und deren Einbindung in die Regierung<sup>24</sup>.

Das Entgegenkommen an das Deutsche Reich befriedete in Folge jedoch weder die Nationalsozialisten in Österreich noch verringerte es den Druck des Deutschen Reiches auf den Alpenstaat. Das Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938 kam daher auch einer Aufgabe Schuschniggs und einem völligen Scheitern seiner Außenpolitik gleich. Der Weg für den „Anschluss“ am 12. März 1938 war damit vorgezeichnet<sup>25</sup>.

Am 27. Februar hielt Mussolini in einer Aktennotiz fest: *Es ist in erster Linie Österreichs Aufgabe, durch Taten zu beweisen, dass es selbständig sein und bleiben will.* Zwar sei Österreichs Selbständigkeit immer noch vordergründiges Interesse Italiens, doch reiche die Verteidigung dieser Unabhängigkeit nicht aus, einen Krieg zu riskieren. Sie genüge nicht einmal, um die stra-

---

22 TÁLOS, Das austrofaschistische Österreich 34–39.

23 Zit. n. HOPFGARTNER, Kurt Schuschnigg 167.

24 Ebd.169 ff.

25 TÁLOS, Das austrofaschistische Österreich 35–28.

tegisch günstige italienische Position gegenüber Deutschland aufs Spiel zu setzen. Da sich also Italien einem absehbaren „Anschluss“ nicht mit Gewalt entgegensetzen werde, sei es wichtiger, zu garantieren, dass sich dieser nicht „gegen Italien“ richte. Denn bereits jetzt sei die Stimmung gegenüber Italien in breiten Bevölkerungsschichten beider deutscher Staaten wegen der Brennergrenze äußerst negativ. Dies würde sich im Fall eines militärischen Eingreifens Italiens gegen den „Anschluss“ noch verstärken<sup>26</sup>.

Als Schuschnigg am 11. März 1938 bei Mussolini rückfragte, ob er in Sachen Durchführung einer Volksbefragung in Österreich zwischen Deutschland und Österreich als Vermittler auftreten könne, blieb dies ohne Antwort. In der Nacht vom 11. auf den 12. März erfolgte der militärische „Anschluss“ – bekanntlich ohne Protest Italiens, das diesen Schritt schon antizipiert und vor allem akzeptiert hatte. Die Politik der Verteidigung von Österreichs Souveränität als Symbol konservativer Ansprüche Mussolinis hatte damit aufgehört zu existieren. Die Idealpolitik war der Realpolitik gewichen<sup>27</sup>.

### Ideologische Dimension

Ein entscheidendes Merkmal, das in den 1930ern eine weitere Annäherung der beiden Staaten garantierte, war die durch die Regierung Dollfuß anvisierte Umgestaltung des österreichischen parlamentarischen Systems: Der Rücktritt des amtierenden Nationalratspräsidenten in Wien im März 1933 war der konkrete Startpunkt der Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie und markierte somit den Beginn eines autoritären, klerikalen Ständestaates. Die im Amt befindliche Regierung bewegte sich mit Unterstützung durch Bürokratie, Polizei und Heer, aber auch der katholischen Kirche sowie der loyalen Wehrverbände (Heimwehren), in Richtung einer faschistischen Bewegung – auch nach italienischem Vorbild. Die Unterbindung von Wahlen standen ebenso auf dem Programm wie die Ausschaltung der Arbeiterbewegung und der nationalsozialistischen Konkurrenz im Land<sup>28</sup>.

---

26 Appunto del Capo del Governo, Mussolini, 27.02.1938, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Volume VIII: 1 gennaio–23 aprile 1938 (Roma 1999) 281 ff. (Übers. d. Verf.)

27 Ennio Di NOLFO, Die österreichisch-italienischen Beziehungen von der faschistischen Machtergreifung bis zum Anschluss (1922–1938), in: WANDRUSZKA, JEDLICKA, Innsbruck-Venedig 221–271, hier: 224 f., 268–271.

28 Zur Rolle Dollfuß siehe besonders: Lucile DREIDEMY, Der Dollfuß-Mythos (Wien 2014).

Das autoritäre Programm in Österreich war somit nicht anders orientiert, als beispielsweise jene in Italien oder in Deutschland. Einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Kirche und Verwaltung waren in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg in allen drei Staaten – wie im Übrigen auch anderswo in Europa – offensichtlich nicht davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Regierungsform für die Bewältigung der herrschenden Zustände sei, sondern dass vielmehr das parlamentarische System nicht zur notwendigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Erholung beitrug. Dies stimmte besonders auch für Tirol, wo bereits unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg Verbrüderungen zwischen antidemokratischen Kräften im Land und solchen in Bayern stattfanden. Die Gruppierungen forderten die Abschaffung der falschen, von den Franzosen installierten, Demokratie, drängten auf die Einsetzung einer *objektiv richtige Politik*, einer *Germanischen Demokratie*, die *durch und durch durchdrungen von einem aristokratischen Bewusstsein von Rang* sei und strebten jedenfalls die Revision der Versailler Friedensverträge an<sup>29</sup>.

Ein entscheidendes Element der Annäherung zwischen Österreich und Italien ab Ende der 1920er-Jahre war daher auch diese ideologische Nähe, die sich zwischen den ständestaatlich orientierten Kräften in Österreich und dem faschistischen Italien anbahnte. Mussolini unterstützte ab 1928 mehr oder weniger offen die Etablierung eines rechtsgerichteten, am Vorbild des italienischen Faschismus orientierten politischen Systems. Dazu gehörte außerdem die Unterstützung von Revisionsbestrebungen in Ungarn sowie die Annäherung Bulgariens oder Rumäniens. Von besonderer Bedeutung jedoch war, Österreich in die ideologische Nähe zum Faschismus zu bringen. Seit 1928 flossen daher regelmäßig Gelder an die österreichischen Heimwehren, die sich damit konsolidieren und einer allfälligen Schwächung durch die Sozialdemokratie entziehen können sollten. Die Südtirolfrage blieb dabei ein schwieriges Thema – so sehr, dass zeitweise italienische Vorschläge lieber mittels der ungarischen Regierung, zu der Rom ein immer besser werdendes Verhältnis unterhielt, nach Wien überbracht wurden. Sollte es gelingen, Österreich der „freimaurerischen Demokratie“ zu entziehen, dann bliebe den in Österreich verbliebenen politischen Parteien gar nichts anderes übrig, als

---

29 I.O.: “[...] permeated through and through by an aristocratic consciousness of rank”, Tim KIRK, *Fascism and Austrofascism*, in: PELINKA, BISCHOF, LASSNER, *The Dollfuss/Schuschnigg Era* 10–31, hier: 16 f.

das Land am italienischen Faschismus zu orientieren, war die italienische Diplomatie überzeugt<sup>30</sup>.

Einen entscheidenden Schritt in Richtung eines autoritären politischen Systems vollzog die österreichische Regierung, als Engelbert Dollfuß 1932 an die Macht kam. Wie bereits frühe Politik-Analysen zeigten, führte Dollfuß diese Neuausrichtung zur Machterhaltung und nicht etwa aus politischer Notwendigkeit aus<sup>31</sup>. Der Sozialdemokrat und spätere Bundespräsident, Adolf Schärf, fand 1949 scharfe Worte für die Vorgehensweise der Regierung Dollfuß:

*Da die Christlichsozialen nach den Regeln der Demokratie unterlegen waren, verloren sie auf einmal die Lust an der Demokratie; der Gedanke, die Spielregeln der Demokratie einmal gegen sich gelten zu lassen, kam keinem ihrer Männer. Natürlich konnte eine Regierung, die gegen die stärkste Partei des Landes, die Sozialdemokraten gerichtet war, nicht stark sein – wenn, ja wenn man bei der Demokratie blieb.*<sup>32</sup>

Zwar ist hinter den Aktionen Dollfuß' keine systematische, ideologisch durchdachte und geplante Politik der Faschisierung Österreichs zu erkennen, doch getrieben von innen- und außenpolitischem Druck wählte der Bundeskanzler die Beseitigung der Demokratie als jenen Weg, der seine Macht sicherte und konsolidierte<sup>33</sup>. Der Weg, den er schließlich einschlug, sollte zu einem eigenen, ganz spezifisch österreichischen Faschismus führen. Im Zuge der Machtkonsolidierung 1933 geschah so eine politische Neuausrichtung: weg von einer parlamentarischen Demokratie hin zu einem autoritären Staat mit anti-kommunistischer und anti-nationalsozialistischer Ausrichtung. Italien unterstützte diesen Umbruch des politischen Systems in Österreich nicht nur finanziell, sondern besonders auch ideologisch. Zwischen 1933 und 1936

---

30 Il Ministro degli esteri, Grandi, al ministro a Budapest, Arlotta, Rom, 5.1.1931, in: DDI, Settima Serie: 1922-1935, Volume X: 1 gennaio–4 settembre 1931 (Roma 1978) 6 ff.

31 Siehe dazu etwa auch der Nachdruck des bereits 1949 publizierten Bandes „Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß“, der mit einem Vorwort von Adolf Schärf und erläuternden Texten von Karl Hanis Sailer erschienen war und bereits kurz nach Kriegsende zu diesen Ergebnissen kam: „Der Führer bin ich selbst“. Engelbert Dollfuß-Benito Mussolini Briefwechsel hrsg. von Wolfgang MADERTHANER, Michaela MAIER (Wien 2004) 7–10.

32 Adolf SCHÄRF, Vorwort, in: MADERTHANER, MAIER, „Der Führer bin ich selbst“ 15–20, hier 19.

33 Tim KIRK, Fascism and Austrofascism 20–23.

wurde Italien damit zum wichtigsten Protektor und Förderer des austrofaschistischen Österreich und dessen wichtigsten außenpolitischen Ziels, der Eigenständigkeit. Letztere sollte unter anderem durch den Aufbau eines faschistischen Staates nach italienischem Vorbild garantiert werden<sup>34</sup>.

Mussolini wiederum drängte nach einer ersten Annäherung an die Dollfuß-Regierung unverblümt auf die Faschisierung Österreichs und daher spätestens ab 1933 auf die Beseitigung der politischen Opposition. Besonders war ihm die Ausschaltung der Sozialdemokratie – später sollte es die Abwehr der Bolschewisierung Österreichs sein – ein Anliegen. Ebenso ermutigte er den Bundeskanzler wiederholt zur Einrichtung totalitärer Organisationen, wie etwa von Jugend- und Frauenorganisationen. In einem Schreiben vom 1. Juli 1933 lobte Mussolini daher nicht nur die Fortschritte, die Dollfuß innenpolitisch erzielt habe:

*Ich halte die Bildung einer Vaterländischen Front für eine ausgezeichnete Idee und bin der Ansicht, dass diese umso erfolgreicher sein wird, solange sich die verschiedenen Parteien, die das österreichische Nationalinteresse befürworten, darauf stützen werden. Mit Freude nahm ich die Nachricht entgegen, dass die Heimwehren – auf die meiner Meinung nach Eure Exzellenz überwiegend zählen sollte, ihren Aufgaben bestens nachkommen und sich perfekt in die von Eurer Exzellenz geführten Politik eingefügt haben.*<sup>35</sup>

Er übermittelte ihm darüber hinaus auch einige „Ideen“, die er für künftigen Entwicklung in Österreich habe. Demnach begrüßte er nicht nur alle notwendigen Polizeiaktionen gegen die „nationalsozialistische Opposition“, es erschien ihm auch notwendig,

*mehr denn je in dieser Zeit innenpolitisch ein effektives und grundlegendes Reformprogramm ganz im faschistischen Sinne durchzusetzen. Dies scheint mir angebracht, wenn man einerseits vermeiden will, dass über Österreich behauptet wird, es würde nur eine repressive Politik gegenüber einer Bewegung ausüben, die mehr oder weniger unter dem Deckmäntelchen der Nationalflagge*

---

34 MADERTHANER, MAIER, „Der Führer bin ich selbst“ 7–10.

35 Il Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, al Cancelliere Federale e Ministro degli Esteri Austriaco, Dollfuss, 01.07.1933, in: DDI, Settima Serie: 1922–1935, Volume XII: 1 gennaio – 15 luglio 1933 (Roma 1989) 959 ff. (Übers. d. Verf.)

*handelt, und andererseits, um Jugendliche anzuziehen, auf die die Vaterländische Front unbedingt zählen muss, in der Hoffnung, dass sie die Zukunft Österreichs sicherstellen können*<sup>36</sup>.

Das wichtigste, so riet Mussolini, sei die Ausschaltung der Sozialdemokratie ungeachtet der Konsequenzen für Parlamentarismus und Verfassung. Alles andere spiele zweifelsohne dem nationalsozialistischen Feind in die Hände<sup>37</sup>. In seiner Antwort vom 20. Juli 1933 bedankte sich Dollfuß nicht nur ausführlich für das signalisierte Wohlwollen, er versicherte darüber hinaus, dass die internen Reformen in Österreich die Umgestaltung des Staates im Sinne eines autoritativen Ständestaates zum Ziel haben und diese nun zügig und ohne Zögern erfolgen müssten. Wichtig erschien Dollfuß in diesem Zusammenhang auch, den italienischen Regierungschef über die „Vaterländische Front“ zu informieren:

*Die Vaterländische Front wird auf dem Führerprinzip aufgebaut, Führer der Front bin ich selbst. Die „Vaterländische Front“ bezweckt den überparteilichen Zusammenschluss aller heimattreuen Österreicher zur friedlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eines freien selbständigen österreichischen Staates.*<sup>38</sup>

Wie wichtig diese gemeinsame Abwehr des Nationalsozialismus auch im ideologischen Sinne war, zeigte sich neuerlich beim Aufmarsch italienischer Truppen am Brenner nach der Ermordung Dollfuß' im Juli 1934. Das militärische Aufgebot war nicht alleine als Signal für die Verteidigung der Grenze zu werten, es unterstrich auch die Bedeutung der Eigenständigkeit Österreichs. Österreich galt somit als Garant der Brennergrenze. Der Austorfaschismus war gleichzeitig aber auch ideologisch als (beeinflussbares) Ziehkind zu sehen.

Diese ideologisch-strategischen Überlegungen spielten besonders zu Beginn der Regierung Dollfuß 1933/34 eine zentrale Rolle. Mit der Ermordung

---

36 Ebd. (Übers. d. Verf.)

37 Ebd.

38 Dollfuß an Mussolini, 22.07.1933 [sic! Datum muss 20.7.1933 lauten], in: MADERTHNER, MAIER, „Der Führer bin ich selbst“ 30–36; sinngemäß auch die Übersetzung ins Italienische, allerdings mit richtigem Datum: Il Cancelliere Federale Austriaco, Dollfuss, al Capo del Governo e Ministro degli Esteri, Mussolini, 20.07.1933, in: DDI, Settima Serie: 1922–1935, Volume XIII: 16 luglio 1933 – 17 marzo 1934 (Roma 1989) 18–22.



Dollfuß' durch Nationalsozialisten im Juli 1934 verlor der Austrofaschismus seine charismatische Führerfigur. Personell war Ernst Rüdiger Starhemberg, der „Heimwehrführer“ und Abgeordnete zum Nationalrat, danach die zentrale Kontaktperson zum Regime Mussolini. Er hatte als Leiter der Heimwehren eine zentrale Rolle bei der Niederschlagung des Putsches und der Verfolgung der nationalsozialistischen Schlägertrupps gespielt. Kurt Schuschnigg, der Dollfuß als Bundeskanzler nachfolgte, trug weniger rigoros, wenn auch konsequent die Neuausrichtung des Staates mit. Er beließ Starhemberg im Amt und ernannte ihn zum Vizekanzler und Minister für das gesamte Sicherheitswesen. In dieser Funktion betrieb er zwei Jahre lang eine konsequente Politik der Anlehnung an das faschistische Italien. Das Mittelmeerland blieb daher als außenpolitischer Partner alternativlos ebenso wie der italienische Faschismus als einzig mögliche ideologische Orientierung bestimmend für die Jahre 1934 bis 1936 war<sup>39</sup>.

Andererseits bemängelt Mussolini zunehmend den fehlenden Durchsetzungswillen der autoritären Ideen durch die Schuschnigg-Regierung. Er prangerte überhaupt die Monarchie-Nostalgie des neuen Regierungsoberhauptes an, ebenso wie er die Pläne der Restauration der Habsburger sowohl von Seiten Starhembergs als auch Schuschniggs als fatale Politik einstufte.

Dies spiegelt auch jenen Wandel wider, den der Austrofaschismus in den kommenden Monaten vollzog, verloren doch die Heimwehren spätestens ab Sommer 1936 entschieden an Bedeutung. Waren sie noch 1934 Garant für die Stabilisierung des austrofaschistischen Systems gewesen, so wurden sie jetzt zu einem unkontrollierbaren Unsicherheitsfaktor. Als Schuschnigg schließlich eine Annäherung an Hitler-Deutschland begann, waren sie offensichtlich störend. Es folgte zunächst ihre Unterstellung unter das Verteidigungsministerium und schließlich ihre sukzessive Ausschaltung. Mit ihrem Verbot im Oktober 1936 legte auch Starhemberg alle Ämter nieder, wodurch schließlich die Politik der vergangenen Jahre, allein durch politische und ideologische Anlehnung an das faschistische Italien die Unabhängigkeit Österreichs zu garantieren, als gescheitert angesehen werden konnte. Durch eine Regierungsumbildung im November 1936 entfernte Schuschnigg die letzten Mitglieder der Heimwehren aus der Regierung und nahm stattdessen

---

39 TÁLOS, Das austrofaschistische Österreich 32 f.

Mitglieder des „nationalen Lagers“ in den Ministerrat auf. Fortan versuchte er durch Verhandlungen einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich zu finden, ebenso wie Hitler und Mussolini die Achse Berlin-Rom zu stärken begannen. Die Festigung der Achse ermöglichte es Hitler nun auch, gegenüber Österreich einen härteren Kurs einzuschlagen<sup>40</sup>.

Für Mussolini erwies sich zudem Spanien, wo General Francisco Franco 1936 einen Aufstand gegen die republikanische Regierung begonnen hatte, ideologisch als spannenderes und v.a. empfängliches Spielfeld. Überzeugt von der Nähe des spanischen faschistischen Systems zum italienischen zielte Mussolini nun darauf ab, die rechtsextreme Ideologie zumindest in einem zweiten Mittelmeerstaat aufblühen zu lassen. Österreich, so war der Diktator in Rom mit dem Festigen der Achse zunehmend geneigt zu glauben, könne sich letztlich dem Einfluss Deutschlands schwer entziehen, v.a. da sich seine Dialogbereitschaft mit Frankreich und der Tschechoslowakei offensichtlich in Grenzen hielt. Gleichzeitig fiel für Mussolini die nur halbherzige pro-italienische Politik der Schuschnigg-Regierung zunehmend ins Gewicht. Diese sei vielleicht auf einer diplomatischen Ebene vorhanden, doch Schuschnigg trage wenig dazu bei, dass Italien auch in der Öffentlichkeit als freundschaftlicher Nachbar wahrgenommen werde. Das entsprach vielleicht tatsächlich der Haltung Schuschniggs, der einer „gesamtdeutschen Ideologie“ nicht grundsätzlich abgeneigt gegenüber stand und damit die Verteidigung der „österreichischen Nation“ nur halbherzig betrieb<sup>41</sup>. Daher hatte Schuschnigg dem Vorwurf, die italienische Idee zu wenig zu fördern, wenig entgegen zu halten und er merkte daher nicht, dass sich Italien zunehmend von der Unterstützung der Selbständigkeit Österreichs entfernte. Viel mehr noch änderte sich die Politik Mussolinis weg von einer totalen Ablehnung des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsch Reich hin zu einer unaufgeregten Duldung desselben<sup>42</sup>.

Als am Vorabend des „Anschlusses“, dem 11. März 1938, Mussolini von Hitler einen Brief erhielt, in dem dieser die fatalen Folgen der Schuschnigg-Regierung für das österreichische Volk und die Entwicklung des öster-

---

40 HOPFGARTNER, Kurt Schuschnigg 173–194.

41 Dieter A. BINDER, Heinrich Schuschnigg, „Sofort vernichten“. Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschniggs 1938 – 1945 (Wien 1997) 11–14.

42 DI NOLFO, Die österreichisch-italienischen Beziehungen 221–225.

reichischen Staates als Grund für das Eingreifen des Deutschen Reichs nannte, war für den italienischen Diktator nur noch die Passage in dem Brief von zentraler Bedeutung, in der Hitler die Brennergrenze garantierte:

*Möge das österreichische Volk seines eigenen Schicksals Schmied sein! Unabhängig davon, wie diese Abstimmung zu erfolgen hat, eines möchte ich nun Ihnen, Eurer Exzellenz, dem Duce des faschistischen Italiens, hoch und heilig versichern, [...]. Was immer die bevorstehenden Ereignisse für Folgen haben werden, habe ich eine eindeutige Grenzlinie zwischen Deutschland und Frankreich gezogen und eine genauso eindeutige Grenze ziehe ich jetzt zu Italien: Den Brenner. Diese Entscheidung darf nie in Frage gestellt oder angefochten werden. Diese Entscheidung traf ich nicht im Jahr 1938, sondern gleich nach dem Großen Krieg und nie habe ich ein Hehl daraus gemacht.<sup>43</sup>*

Mit Argusaugen wurde danach vor allem das Verhalten der Nationalsozialisten in Innsbruck beobachtet, da verschiedene Personen berichteten, die Tiroler hätten die deutschen Truppen aufgefordert, einfach Richtung Süden weiterzumarschieren auch noch und Südtirol ins Deutsche Reich aufzunehmen. Bekanntlich entsprach dies jedoch nicht Hitlers politischen Absichten.

### Wirtschaftliche Dimension

Eng verbunden mit den oben beschriebenen politischen und ideologischen Gründen für eine Annäherung Italiens und Österreichs trotz des Südtirol-Problems waren ökonomische Entwicklungen, oder besser gesagt, Österreichs massive wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Zwischenkriegszeit. Gleichzeitig war auch für Italien in den 1930er-Jahren eine Zusammenarbeit sowohl mit Österreich als auch mit Ungarn von ökonomisch nachhaltigem Interesse. Nicht umsonst drängte bereits Ende der 1920er-Jahre Italien auf eine Zollunion der drei Länder und intensivierte ab 1932 diese Bemühungen. Gleichzeitig scheiterte die revisionistische Absicht der Zollunionsbestrebungen mit Österreich von Seiten Deutschlands nicht nur am Widerstand des Völkerbundes, sondern auch an der österreichischen Industrie. In der Welt-

---

43 Il Cancelliere del Reich, Hitler, al Capo del Governo, Mussolini. Lettera segreta 11.03.1938, in: DDI, Ottava Serie: 1935–1939, Volumen VIII: 1 gennaio – 23 aprile 1938 (Roma 1999) 344 ff. (Übers. d. Verf.)

wirtschaftskrise ging der österreichische Außenhandel um zwei Drittel zurück. Der folgenschwere Zusammenbruch der größten Bank Mitteleuropas, der Creditanstalt, destabilisierte 1931 die wirtschaftliche Grundlage aller gesellschaftlichen Gruppierungen zusätzlich<sup>44</sup>. Insbesondere die Sozialdemokratie bekam massiv die negativen Folgen der Krise für die Organisation in Gewerkschaften und Partei zu spüren, was sich auch in den folgenden politischen Entwicklungen zeigte. Äußerst negativ wirkte sich die Krise auf den Arbeitsmarkt aus, die Arbeitslosenrate stieg von 8,8 Prozent 1929 auf beinahe 26 Prozent 1933<sup>45</sup>.

Trotz protektionistischer Wirtschaftspolitik des Austrofaschismus, der eine Besserung besonders im landwirtschaftlichen Sektor mit sich brachte, erholte sich die österreichische Wirtschaft nur zögerlich. Kennzeichen des wirtschaftspolitischen Handelns waren dabei Protektionismus, Dirigismus und Liberalismus, wobei von einer zielgerichteten, konsequenten Wirtschaftspolitik in der Zeit zwischen 1934 und 1938 nicht die Rede sein kann<sup>46</sup>. Die Außenhandelsbeziehungen blieben auf einem niedrigen Niveau und die Arbeitslosenrate besserte sich nach 1933 nur wenig und blieb hoch. 1937 lag sie immer noch bei 22 Prozent. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg waren demnach auch auf Arbeitsplatzbeschaffung fokussiert. Allerdings gelang es, die Schilling-Währung stabil zu halten<sup>47</sup>.

Dass daher wirtschaftliche Verhandlungen mit Italien florierten, war unter diesen Umständen besonders willkommen. Bekanntlich mündeten sie in den Römischen Protokollen von 1934 und deren Erweiterungen 1936. Sie bestanden aus drei Einzelprotokollen und einem geheimen Zusatzdokument: Im ersten Protokoll, dem politischen, verpflichteten sich die Partner zur gegenseitigen Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Italien als

---

44 Jens-Wilhelm Wessels, *Economic Performance and Micro-Economic Development in Austria, 1929–1938*, in: PELINKA, BISCHOF, LASSNER, *The Dollfuss/Schuschnigg Era* 93–121, hier: 93 f.

45 BINDER, „Austrofaschismus“ 579–581; Emmerich TÁLOS, *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933 – 1938 (= Politik und Zeitgeschichte 8, Wien–Berlin 2013)* 313–317.

46 Gerhard SENFT, *Neues vom „Ständestaat“? Anmerkungen zur Wirtschaftspolitik im Austrofaschismus*, in: WENNINGER, DREIDEMY, *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime* 243–256, hier: 246–249.

47 Gerhard SENFT, *Economic Development and Economic Policies in the „Ständestaat“ Era*, in: PELINKA, BISCHOF, LASSNER, *The Dollfuss/Schuschnigg Era* 32–55, hier: 44 f.

Führungsmacht in den Dreierabkommen sicherte sich hier einen Raum zur Einmischung in die österreichische und ungarische Außenpolitik. In wirtschaftlicher Hinsicht wiederum enthielten die Papiere eine gegenseitige Begünstigung zwischen Österreich und Italien (hinsichtlich Zölle und Kredite). Im geheimen Zusatzprotokoll verpflichteten sich sowohl Österreich als auch Ungarn einen Teil des heimischen Marktes für italienische Produkte frei zu halten<sup>48</sup>.

Für Österreich lagen die Vorteile der Abkommen ganz klar in der Förderung des Außenhandels mit den beiden Partnern, was sich in konkreten Zahlen der Handelsbilanzen niederschlug: Zirka zwei Drittel der österreichischen Ausfuhr zwischen 1935 und 1937 gingen in die beiden besagten Länder<sup>49</sup>. Für Italien wiederum versprachen die Zusammenarbeit mit Österreich, aber auch jene mit der Kleinen Entente, *zu einem erspriesslichen [sic!] Verhältnis auch in wirtschaftlicher Beziehung zu gelangen*<sup>50</sup>. Die Veränderungen wiederum, die sich die faschistische Führung durch die materielle Unterstützung zunächst der Heimwehren und danach der österreichischen sowie ungarischen Wirtschaft versprach, waren daher sowohl ökonomischer als auch ideologischer Natur.

Zudem wirtschaftlich profitieren konnte Österreich von den Sanktionen, die der Völkerbund gegen Italien verhängte: Österreich sprang als Lieferant italienischer Güter in den Donaauraum und in osteuropäische Länder ein. Langfristig hatte die Entscheidung der Schuschnigg-Regierung, sich an die Seite Italiens und gegen den Völkerbund zu stellen – denn genau so und nicht als neutrale Haltung wurde die Reaktion Österreichs interpretiert – auch wirtschaftlich negative Folgen. Die Isolation, in die sich das Alpenland dadurch brachte, drängte es nun auch ökonomisch in zunehmende Abhängigkeit zu Italien und schlussendlich auch zum Deutschen Reich<sup>51</sup>.

Im letzten Jahr vor dem „Anschluss“ spielte dann noch einmal die wirtschaftliche Situation Österreichs – aber auch Deutschlands – eine Rolle

---

48 TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 491–501.

49 Yannik Mück, Österreich zwischen Mussolini und Hitler – der Weg zum Juliabkommen 1936 (Bonn 2015) 40–45; TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 491–500.

50 Amtserinnerung hinsichtlich der Gespräche in Riccione 19. und 20. August 1933, in: MADERTHANER, MAIER, „Der Führer bin ich selbst“ 41–44, hier: 44.

51 TÁLOS, Das austrofaschistische Österreich 140–145.

in der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Rom und Wien. In Österreich nährten die exorbitanten Arbeitslosenzahlen die Hoffnungen der Bevölkerung auf eine ökonomische Erlösung durch das wirtschaftlich ungleich erfolgreich dastehende Deutsche Reich. Für Deutschland, dessen Rohstoff-situation angesichts der Aufrüstung langsam desolat wurde, war Österreich damit auch auf dem Gebiet der Ressourcen interessant geworden. Italien hatte sich zu diesem Zeitpunkt dem Deutschen Reich angenähert und suchte nun vielmehr auch dort seine wirtschaftliche Zukunft<sup>52</sup>. Nicht umsonst wird in der fehlenden bzw. verfehlten Wirtschaftspolitik des austrofaschistischen Regimes, die als nichts anderes als ein ökonomisches Desaster beschrieben werden kann, auch jenes Zünglein an der Waage gesehen, das letztlich 1938 zum offenen Empfang der Nationalsozialisten in Österreich führte<sup>53</sup>.

### 3. Die Neuorientierung der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol am Nationalsozialismus

Diese rasch florierenden Beziehungen zwischen Österreich und Italien ab Ende der 1920er-Jahre wurden in Südtirol mit Skepsis und einem Gefühl des Verrates wahrgenommen. Während in den Nachkriegsjahren der konservativ-christlich orientierte Deutsche Verband die Orientierung der deutschsprachigen Minderheit am österreichischen Mutterland einheitlich vorgegeben hatte, kam es schon Mitte der 1920er-Jahre zu einer Art Loslösung von radikaleren und politisierten Jugendschichten besonders in den Städten und aus den Reihen der ehemaligen Alpenvereine und Turnerbünde von der als konservativ und konziliant geltenden bürgerlichen Partei, was sich im Laufe dieses Jahrzehnts verstärkte. Dies bedeutet gleichzeitig eine Umorientierung vieler Südtiroler vom habsburgisch-monarchischen Österreich zu Deutschland. Aus dem ehemaligen k.u.k.-Monarchismus wurde innerhalb weniger Jahre ein radikalisiertes Tirolertum, das sich in den 1930er-Jahren dann auch schnell am „Großdeutschen Reich“ ausrichtete<sup>54</sup>.

---

52 Vgl. JEDLICKA, Österreich und Italien 1922–1938 26–219.

53 WESSELS, Economic Performance 93 f.

54 Eva PFANZELTER, Die Option 1939, in: Ein Leben für Südtirol. Kanonikus Michael Gamber und seine Zeit, hrsg. von Rolf STEININGER (Bozen 2017) 89–112.

Ohne faschistische Assimilierungs- und Majorisierungspolitik ist dieser Umschwung nicht wirklich erklärbar. Der Verlust von Heimat und die sukzessive Auflösung kultureller, politischer und ökonomischer Zusammenhänge der (Süd)Tiroler Gesellschaft hatte dramatische Auswirkungen und breite Suchbewegungen zur Folge. Daneben kamen aber auch andere Gründe zum Tragen: Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war ein Tiroler Irredentismus, der nur zum Teil als Reaktion auf den italienischen, Trentiner Irredentismus verstanden werden kann, vorhanden. Die zunehmenden irredentistischen Forderungen territorialer Art im Trentino hatten als Gegenpart eine breite deutsch-tümelnde Anhängerschaft für eine „großdeutschen Gesamtlösung“ und einen großdeutschen Nationalismus, v.a. propagiert in Schützen-, Gesangs-, Studenten-, Turn- und Alpenvereinen, zur Folge. Assimilierungsreden österreichischer bzw. deutscher Art mit Vorschlägen für Eindeutschungsmaßnahmen des Trentino waren in diesen Vereinigungen keine Seltenheit. Im Einflussbereich des Nationalsozialismus äußerte sich diese Haltung zunehmend als „Abgrenzungsidentität“ zum Italienischsein<sup>55</sup>.

Weiters spielte die Schwäche der Außenpolitik des Rumpfstaates Österreich, die beinahe ausschließlich das Primat der wirtschaftlichen Notwendigkeit bedienen konnte, eine entscheidende Rolle. Eben weil Österreich in Folge des Anschlussverbotes des Friedensvertrages von Saint Germain und der vermeintlichen Lebensunfähigkeit als kleine Alpenrepublik begann, die Beziehungen zu Italien zu verbessern, in den 1930er-Jahren sogar zu priorisieren, steigerte dies das Gefühl des Vertrauensbruches in Südtirol, aber auch in Nord- und Osttirol. Dem gegenüber standen die Hoffnungen, die in den unvergleichbaren Aufstieg Deutschlands durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten gesetzt wurden<sup>56</sup>.

Neben (impliziten) politischen Versprechen eines „Anschlusses“ entwickelte das Dritte Reich auch einen ungeheuren wirtschaftlichen Sog auf

---

55 Siehe näheres dazu: Eva PFANZELTER, Option und Gedächtnis. Erinnerungsorte der Südtiroler Umsiedlung 1939 (Bozen 2014) 15–41. Daneben auch beispielsweise einige Beiträge in: Deutsche! Hitler verkauft euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol, hrsg. von Günther PALLAVER, Leopold STEURER (Bozen 2011).

56 Eva PFANZELTER, The South Tyrol Question and the Option Agreement. Fascism and National Socialism in the Nineteen-Twenties and Nineteen-Thirties, in: Dialogue against violence. The question of Trentino-South Tyrol in the international context, hrsg. von Giovanni BERNARDINI, Günther PALLAVER (= Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento Contributi 32, Bologna, Berlin 2017) 33–56.

jene, die in Südtirol aufgrund beruflicher Chancenlosigkeit permanent am Existenzlimit kratzten. Die Verheißung eines beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieges und der technischen Moderne sowie einer mitreißenden Jugendkultur zeigten schon bald ihre propagandistische Wirkung. Unter dem italienischen Faschismus waren diese nur unter Aufgabe des eigenen Volkstums zu haben, im Nationalsozialismus konnte das alles unter Beibehaltung des „Deutschtums“ erreicht werden. In diesem Kontext zeichnete sich ein Generationenbruch ab. Die wirtschaftlichen Versprechen, gepaart mit massiven finanziellen Förderungen aus Deutschland, spielten in den 1930er-Jahren v.a. für den Erfolg des Völkischen Kampfrings Südtirol (VKS), der illegalen NS-Bewegung, eine große Rolle<sup>57</sup>.

Ein sozialer Bruch hingegen ergab sich in den 1930ern daraus, dass die faschistische Repressionspolitik wohlhabende Bauern, die städtische Bevölkerung und das reiche Bürgertum weniger betraf bzw. diese sich besonders auch wegen des Arrangements Italiens mit Österreich schneller in das neue Machtsystem einfügten. Es ging eher um Autonomie, Kooperation und Einigung. Anders erging es allerdings Menschen aus der unteren Bauer-, Handwerker-, Arbeiter- und Angestelltenschicht. Sie hatten die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit oft nicht. Für sie wurde die politische und wirtschaftliche Neuordnung im Faschismus zur lebensbedrohlichen Notlage, was sie empfänglicher für extreme Ideologien und Verheißungspropaganda machte: Die nationalsozialistische Volkstumsideologie, die eine staatliche Einheit aller Deutschen versprach, stellte damit auch die Lösung aller hauseigenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme inklusive eines revanchistischen Programms in Aussicht. Vor diesem Hintergrund kann die Wirkkraft der in den 1930er-Jahren massiv einsetzenden nationalsozialistischen Propaganda nicht hoch genug eingeschätzt werden, die ideologische Loslösung vom verräterischen Österreich war nur noch ein kleiner Schritt<sup>58</sup>.

Im Juni 1933 schlossen sich die seit 1928 ideologisch stark divergierenden Jugendgruppen zur Südtiroler Heimatfront zusammen. Anfang 1934 benannte sich diese in „Völkischer Kampfring Südtirols“ um und setzt ein sechs Punkte umfassendes politisches Programm mit Anlehnung an den Na-

---

57 Ebd.

58 Rolf STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert: von Leben und Überleben einer Minderheit (Innsbruck–Wien 1997) 95–113, 137–144.



tionalsozialismus ein. Die Propagandatätigkeit des und der Zulauf zu den Illegalen nahm von da an jährlich sprunghaft zu, sodass ab 1937/38 politisch von einer Ablösung des (österreichischen) Deutschen Verbandes durch den (nationalsozialistischen) VKS in der ideologischen Führung der Volksgruppe gesprochen werden kann<sup>59</sup>.

Für Südtirol bedeutet der Nationalsozialismus in den 1930er-Jahren eine Homogenisierung und Uniformierung der Gesellschaft. Provoziert wurde die Haltung durch den italienischen Faschismus, mitgetragen wurde sie durch die Deutschtümelei im Sinne eines „bäuerlichen Deutschseins“. Zeitgleich zu diesem Homogenisierungs- und Integrationsprozess war ein Identitätswechsel zu konstatieren, der vom „österreichisch-deutschsprachigen Südtirolersein“ weg- und zum „volksdeutschen Angehörigen einer großen Gemeinschaft“ hinführt. In den Italienern fand sich das notwendige Feindbild (im Sinne eines Gegenvolkes), in Italien selbst der Erbfeind. Daraus erklärt sich auch in letzter Konsequenz die „Dienstbotenrolle“ bzw. die „Treuehaltung“ der Südtiroler gegenüber dem Deutschen Reich in der Option von 1939<sup>60</sup>.

## 4. Fazit

Deutschland löste als Bezugspunkt für die politischen Zukunftswünsche der Südtiroler Österreich spätestens 1933 ab. Für die Südtiroler spielte Österreich danach nur noch eine untergeordnete Rolle. Für Österreich und Italien indes war Südtirol in den 1930er-Jahren zumindest auf dem diplomatischen Parkett nicht mehr ein entscheidendes Kriterium in der Ausformung ihrer Beziehungen. Vielmehr standen jetzt politische, ideologische und wirtschaftliche Interessen und damit zusammenhängende gegenseitige Abhängigkeiten im Vordergrund.

Unter diesen Vorzeichen ist Südtirol in das Beziehungsdreieck Deutschland–Österreich–Italien einzuordnen: Südtirol spielte letztlich in den politischen Kalkulationen der Mächte nur insofern eine Rolle, als es als permanenter Konfliktherd die friedlichen Beziehungen der Nationen zueinander störte. Die Lösung dieses Problems kennen wir: Sie hieß Option und Ab-

---

59 Ebd.

60 Siehe Näheres bei PALLAVER, STEURER, Deutsche!

siedlung des „deutschsprachigen Elementes aus dem Alto Adige“. Österreich gab es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr und das faschistische Italien, das mit dem Stahlpakt eng an das Deutsche Reich gebunden war, ging in den ersten Kriegsjahren ebenfalls seinem Ende entgegen.

In der Zeitgeschichtsforschung sind die hier genannten Themen bis heute nicht zufriedenstellend erforscht worden. Wie Hans Heiss in einem Beitrag 2012 ausführte, „verengte sich die Zeitgeschichte zu Italien-Österreich [...] auf das Kernthema der wechselseitigen Beziehungen – auf Südtirol.“ Dieses „Südtirol-Bias“ oder anders ausgedrückt, die „Südtirol-Nabelschau“ verhinderte somit eine differenzierte und kritische Untersuchung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und österreichischem Austrofaschismus und die Rolle, die Südtirol in diesen Beziehungen einnahm bzw. nicht einnahm<sup>61</sup>. Vor allem eine gründliche Analyse der außenpolitischen Akten der beiden Staaten unter Einbeziehung der Hinterlassenschaften der Regierenden dieses Jahrzehnts könnte hier Abhilfe schaffen und bleibt somit ein Desiderat künftiger Forschung.

---

61 Hans HEISS, Rücken an Rücken. Zum Stand der österreichischen zeitgeschichtlichen Italienforschung und der italienischen Österreichforschung, in: GEHLER, GUIOTTO, Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 101–129, hier 123.